Neue Zürcher Zeitung

Wenn Putin Europa den Gashahn ganz zudreht, ist die Versorgung auch in der Schweiz gefährdet. ALESSIA PIERDOMENICO / BLOOMBERG

Energieende statt Energiewende

Im nächsten Winter könnten Gas und Strom knapp werden. Die Schweiz ist auf eine solche Krise schlecht vorbereitet. Jetzt rächen sich die Versäumnisse der vergangenen Jahre.
Von David Vonplon

Bis vor kurzem war es bloss ein fernes Schreckensszenario: Russlands Präsident Wladimir Putin dreht Europa den Gashahn zu und stürzt Europas Wirtschaft in eine tiefe Rezession. Doch seit zwei Wochen ist dieses Szenario beunruhigend nahe gerückt: Über die Pipeline Nord Stream 1 kommt nur noch ein Bruchteil der gewöhnlichen Gasmenge an. Und es besteht die berechtigte Befürchtung, dass Putin Europa den Gashahn ganz zudreht, wenn der Winter naht.

Die Energiekrise in Europa führt dazu, dass sich der Bundesrat, bereits wenige Monate nachdem er die Massnahmen zur Eindämmung des Coronavirus aufgehoben hat, schon wieder im Krisenmodus befindet. Es herrsche Krieg in Europa, und darum sei nicht sicher, ob die Schweiz die nächsten Monate schadlos überstehe, erklärte Energieministerin Simonetta Sommaruga. Nun gehe es ums Ganze.

Das Ganze, das heisst konkret, dass in der Schweiz in den Wintermonaten eine Mangellage beim Gas drohen könnte. Dass Unternehmen dann nicht produzieren können, weil ihnen dafür der nach Strom und Öl drittwichtigste Energieträger fehlt. Und dass im äussersten Fall ein Teil der Bevölkerung frieren muss, weil das Gas rationiert wird.

Abhängig vom Goodwill der Nachbarstaaten

Was die Situation ungemütlich macht: In der Schweiz spielt Gas für Haushalte und Wirtschaft zwar eine deutlich kleinere Rolle als in Ländern wie Deutschland oder Österreich. Jedoch ist sie in der Beschaffung ganz und gar abhängig von den Nachbarländern und der EU, weil das Gas nicht im Inland gelagert werden kann.

Die Schweiz kann nun zwar ihren Gasspeicher in Frankreich auffüllen, der staatsvertraglich abgesichert ist – was offenbar auch zu mehr als der Hälfte geschehen ist. Und sie kann versuchen, in Katar oder Nordafrika auf eigene Faust Flüssiggas zu beschaffen. Eine Gewähr, dass dieses Gas dann auch tatsächlich in die Schweiz geliefert wird, gibt es aber nicht. Denn die einheimische Gaswirtschaft verfügt nicht über die Schiffe für den Transport, die Terminals sowie die Verteilnetze für das Gas liegen in europäischer Hand. Ihr bleibt deshalb nichts anderes übrig, als an den Handelsplätzen in Deutschland, Frankreich und Italien Optionsrechte für nichtrussisches Gas und Speicherkapazitäten zu erwerben. Durch einen Staatsvertrag abgesichert sind diese Deals jedoch nicht. Fehlt das Erdgas auch in den Nachbarländern, dürften die Optionen so gut wie wertlos sein.

> Spätestens jetzt zeigt sich, dass die Energiestrategie 2050 ein Schönwetterprogramm war, das auf unrealistischen Grundannahmen fusste.

Immerhin haben die Bundesräte Simonetta Sommaruga und Guy Parmelin am Weltwirtschaftsforum in Davos mit Deutschland ein Solidaritätsabkommen aufgegleist mit dem Ziel, dass sich die beiden Länder im Fall einer Knappheit gegenseitig unterstützen. Auch laufen Gespräche mit Italien und Frankreich. Doch die Verhandlungen über die Abkommen kommen spät, vielleicht zu spät. Denn ob diese noch rechtzeitig vor dem Winter fertig abgeschlossen werden können, ist ungewiss.

Der Schweiz bleibt unter diesen Vorzeichen nichts anderes übrig, als auf den Goodwill der Nachbarländer zu hoffen. Die Erfahrungen aus der Anfangszeit der Pandemie, als in Frankreich und Deutschland Maskentransporte blockiert wurden, deuten darauf hin, dass die innereuropäische Solidarität enge Grenzen hat. Wer ganz am Ende der Nahrungskette steht, geht bei Knappheit leer aus.

Die Schweizer Bevölkerung und die Schweizer Wirtschaft bezahlen dann den Preis dafür, dass die Politik das Thema Gasversorgung in den letzten zehn Jahren auf die lange Bank geschoben hat. Bundesrat und Parlament haben schlicht ihre Hausaufgaben nicht gemacht: Bereits die frühere Energieministerin Doris Leuthard hatte beim Gas ein übergeordnetes Gesetz versprochen, das zentrale Fragen der Marktordnung und der Versorgungssicherheit klären sollte. Doch den Worten folgten keine Taten.

Auch beim Strom ist die angespannte Lage zu einem grossen Teil hausgemacht. Spätestens jetzt zeigt sich, dass die 2017 vom Volk angenommene Energiestrategie 2050 ein Schönwetterprogramm war, das auf unrealistischen Grundannahmen fusste. Statt frühzeitig in die Stromproduktion zu investieren, verliess sich die Politik auf Importe aus den Nachbarländern. Das rächt sich nun. Weil in Frankreich derzeit fast die Hälfte der Atommeiler aufgrund von Korrosionsschäden im Kühlsystem abgeschaltet ist und in Deutschland zu wenig Gas zur Stromproduktion zur Verfügung steht, drohen hierzulande im Winter die Lichter auszugehen.

Gleichzeitig hat es die Schweizer Politik in den letzten Jahren verpasst, den Ausbau von Energieanlagen voranzutreiben, die im Winter zuverlässig Strom liefern – trotz wiederholten Warnungen von der Aufsichtsbehörde Elcom. Wichtige Wind- und Wasserkraftprojekte sind wegen komplizierter Bewilligungsverfahren seit Jahren oder Jahrzehnten blockiert. Zugleich verhindern die Bergkantone mit ihrer Heimfallstrategie, dass in neue Wasserkraftprojekte investiert wird. Weil sie die Energieanlagen künftig in die eigenen Hände nehmen wollen, halten sich die Stromkonzerne mit Investitionen zurück.

Alleine die glücklose Energieministerin Simonetta Sommaruga für die Strommisere verantwortlich zu machen, wäre verfehlt. Die massgeblichen Fehler wurden vor ihrer Amtszeit gemacht. Und Sommarugas Mantelerlass, der die Fehler der Vergangenheit zumindest teilweise korrigiert und der Stromwirtschaft beim Ausbau der Produktion mehr Planungssicherheit geben soll, steckt seit über einem Jahr in der zuständigen Kommission des Ständerats fest.

Ideologische Grabenkämpfe endlich beenden

Statt das Geschäft in der gebotenen Geschwindigkeit zu beraten, bringen insbesondere bürgerliche Kommissionsmitglieder ständig neue Ideen und Änderungsanträge ein, offenbar über hundert an der Zahl. Diese Verschleppung ist schon in normalen Zeiten ärgerlich, doch jetzt wird sie zu einem gravierenden Problem. Denn solange die Stromkonzerne nicht wissen, wie die Rahmenbedingungen künftig ausgestaltet sein werden, investieren sie weiterhin lieber im Ausland. Dies erst recht, weil auch die Kantone gegen die von Sommaruga geplante Straffung der Verfahren für grosse Wind- und Wasserkraftanlagen auf die Barrikaden gehen, weil sie um ihre Kompetenzen im Energiebereich fürchten.

Tritt im Winter tatsächlich eine Mangellage ein, ist ein vorausschauendes Krisenmanagement entscheidend. In den letzten Wochen und Monaten allerdings hinterliessen die zuständigen Behörden keinen überzeugenden Eindruck. In der Energiebranche jedenfalls ist eine deutliche Skepsis spürbar, ob sich die volkswirtschaftlichen Schäden einer Mangellage mit dem geplanten Krisendispositiv minimieren lassen.

So hat das zuständige Bundesamt für wirtschaftliche Landesversorgung (BWL) die sich anbahnende Gaskrise am Anfang verschlafen – auch nach Ausbruch des Krieges verstrich wertvolle Zeit, bis endlich die Vorbereitungsarbeiten in die Wege geleitet wurden. Nun soll immerhin bis Ende August ein überarbeitetes Konzept für die Kontingentierung vorliegen. Dazu kommt, dass die wirtschaftliche Landesversorgung gerade reorganisiert wird und auf der Suche nach einer neuen Führung ist. Eine externe Überprüfung der Führungsstrukturen hatte davor ergeben, dass das Amt mit der gegenwärtigen personellen Ausstattung kaum in der Lage sei, seine derzeit wichtigsten Geschäfte zu bewältigen.

Man kann unter diesen Vorzeichen nur hoffen, dass es dem Bund und der Wirtschaft trotzdem gelingt, eine schlagkräftige Krisenorganisation aufzubauen, die es erlaubt, rechtzeitig zu handeln und allfällige Rationierungen mit einer gewissen Vorlaufzeit zu kommunizieren. Für den Fall einer Mangellage braucht es flexible Konzepte, die dafür sorgen, dass das Gas dort ankommt, wo es am dringendsten benötigt wird. Und dort reduziert wird, wo es am wenigsten weh tut. Auktionsverfahren, die Anreize bieten, Gas einzusparen, sind dabei gegenüber strikten Kontingentierungen zu bevorzugen.

Gleichzeitig müssen die Parteien, Kantone und Verbände ihre ideologischen Grabenkämpfe endlich beenden und den Ausbau der Stromproduktion mit der nötigen Dringlichkeit verfolgen. Dabei sollten alle verfügbaren Optionen genutzt werden. Es braucht den Ausbau der Photovoltaik – nicht zuletzt auch in den Bergen – ebenso wie zusätzliche Speicherseen sowie als Rückversicherung Gas- beziehungsweise Ölkraftwerke. Diese Anlagen müssen nun ohne Verzug realisiert werden. Ebenfalls sollte die Schweiz prüfen, ob sie die Förderung von Erdgas im Inland wieder aufnehmen will.

Gelingt es nicht, rechtzeitig die Weichen zu stellen, kann nicht ausgeschlossen werden, dass den Lockdowns während der Pandemie in den kommenden Jahren Abschaltungen von Strom folgen werden. Wenn nicht schon diesen Winter, dann in den folgenden Jahren. Die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Schäden werden dann allerdings deutlich grösser sein als in der Pandemie.